



Antrag

der Fraktion DIE LINKE

Keine Änderung des Schulgesetzes zu Lasten der Schülerinnen und Schüler

Der Landtag wolle beschließen:

1. Die Landesregierung wird aufgefordert, den vorgelegten Entwurf zur Änderung des Schulgesetzes nicht mehr in dieser verkürzten Legislaturperiode dem Parlament vorzulegen.
2. Änderungen im Schulgesetz dürfen keine rückwärtsgewandten Modifizierungen beinhalten, die die Binnendifferenzierung in Regional- und Gemeinschaftsschulen untergraben. Die Landesregierung wird aufgefordert, das längere gemeinsame Lernen bis Klasse 10 und die inklusive Bildung zu stärken, bessere Ausstattung der Schulen und angemessene Arbeitsbedingungen für Lehrkräfte und pädagogisches Personal zu schaffen.
3. Die Bildungsinstitutionen in Schleswig-Holstein müssen Kindern und Jugendlichen Raum bieten, sich zu mündigen und engagierten BürgerInnen eines demokratischen Systems zu entwickeln, Kompetenzen zur gesellschaftlichen Teilhabe ausbilden zu können und sich angemessen auf ein Hochschulstudium oder eine berufliche Ausbildung vorzubereiten.
4. Veränderungen müssen Chancengleichheit und Bildungsgerechtigkeit für alle sicher stellen. Jeder Schülerin und jedem Schüler muss gewährleistet werden, den ihr/ ihm höchstmöglichen Bildungsabschluss zu erreichen. Die damit einhergehende individuelle und optimale Förderung für jedes Kind ist als grundlegendes Ziel anzuerkennen und umzusetzen.

Begründung:

Jede Veränderung des Schulgesetzes bedeutet einen Eingriff in den schulischen Alltag, der mit hohen Anforderungen an LehrerInnen, SchülerInnen und Eltern verbunden ist. Um die Qualität der pädagogischen Arbeit sicherzustellen, benötigen die Schulen als allgemeinbildende Institutionen verlässliche Arbeitsgrundlagen.

Eine Novellierung des Schulgesetzes sollte deshalb gut durchdacht sein und unter Einbeziehung der verschiedenen Interessenvertretungen erfolgen. Der breite Protest in Form von Demonstrationen, Unterschriftensammlungen, etc. hat gezeigt, dass diese Einbeziehung nicht erfolgte.

Eine inflationäre Schulreformierung gefährdet maßgeblich die Qualität der Bildungsinstitutionen und somit die Zukunft der schleswig-holsteinischen Schülerinnen und Schüler. Aufgrund der bevorstehenden Neuwahlen und der breiten Ablehnung des Gesetzesentwurfs sollte darauf verzichtet werden, unnötige Verunsicherungen durch bildungspolitische Diskontinuität zu verursachen.

Uli Schippels
und Fraktion